

Impulse #31/32

für eine lebendige Demokratie

Thema: Arbeitsauftrag: Demokratie entwickeln!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Vereins!

Wir haben es mit Erleichterung zur Kenntnis genommen: Mit 4,6% der Wählerstimmen hat die NPD den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt verpasst. Das Scheitern der NPD war nicht zuletzt ein Erfolg für die vielen Einzelpersonen, Initiativen und demokratischen Parteien, die sich vor dem Wahlsonntag gegen die neonazistische Partei und ihre menschenverachtende Propaganda engagiert haben. Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der NPD, dass die Partei durchaus über ein stabiles Wählerpotential verfügt. So findet sie gerade bei jungen Männern Rückhalt. Zudem konnte die NPD ihre Ergebnisse in ihren bisherigen Hochburgen stabilisieren. Noch immer verfügt sie über 28 Mandate in kommunalen Gremien. Rechte Gewaltstraftaten und Aufmärsche wie jüngst in Halle, Salzwedel und Merseburg sind Beleg für die Kontinuität des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt, auch wenn sie nicht im Parlament sind.

Daher verfolgen wir gespannt die Debatte zur Initialisierung eines Landesprogramms für Demokratie. Wir begrüßen die Überlegungen, nach dem Vorbild anderer Bundesländer auch in Sachsen-Anhalt ein solches Programm zu etablieren, das die bisherigen Aktivitäten im Themenfeld verzahnt und weiterentwickelt. Wir gehen davon aus, dass die Diskussion über ein Landesprogramm im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgt. Gemeinsam mit anderen Fachträgern im Themenfeld sind wir bereit, aktiv an der Ausgestaltung mitzuarbeiten.

Auch diese Ausgabe des Newsletters widmet sich dem Thema Demokratie-Entwicklung. Wir stellen auf den Seiten 2-3 einige grundsätzliche Fragen zum Zustand der Demokratie in Ostdeutschland und gehen auf Chancen und Potentiale für eine demokratische Alltagskultur ein. Im Interview mit dem Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Friedrich Kramer, werfen wir einen Blick auf die innerkirchliche Debatte über eine Veranstaltung mit Thilo Sarrazin in Halberstadt (Seiten 6-7). Auf den Seiten 16 und 17 informieren wir über die neuesten Entwicklungen in der Auseinandersetzung über die vom Bundesfamilienministerium verlangten „Extremismuserklärung“. Wir berichten über die Naziaufmärsche und die Gegenproteste in Halle, Salzwedel und Merseburg. Außerdem beleuchten wir auf den Seiten 4-5 die Folgen der Wahlniederlage der NPD.

Den „Arbeitsauftrag: Demokratie entwickeln“ verstehen wir auch als Anforderung an uns selbst. Schließlich ist es erklärtes Ziel des Vereins, einen Beitrag zur Stärkung einer demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt zu leisten. Wir nehmen daher den Newsletter zum Anlass, Aspekte unsere Aktivitäten im Themenfeld vorzustellen. Wir berichten über abgeschlossen und neue Projekte in der Bildungsarbeit, die sich im Erfahrungsaustausch mit Organisationen aus den USA, mit geschlechterspezifischen und theaterpädagogischen Ansätzen sowie in der Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte des Nationalsozialismus an Jugendliche und Multiplikator_innen wenden. Schließlich stellen wir Ihnen unsere aktuellen Broschüren vor.

Ein spannende und anregende Lektüre wünschen Ihnen Pascal Begrich und das gesamte Miteinander-Team.

Seite 2

Arbeitsauftrag:
Demokratie entwickeln

Seite 4

Die NPD nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Kommentar: Juniorwahlen in Sachsen-Anhalt

Seite 6

Pfarrer Friedrich Kramer zur Diskussion um die Sarrazin-Lesung in Halberstadt

Seite 8

Neue Projekte von und bei Miteinander e.V.

Seite 10

Neue Broschüren von Miteinander e.V.

Seite 12

Abschied vom Projekt Cit.Active

Seite 13

Internationales Sommerlager in der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin

Seite 14

Naziaufmärsche in Halle, Salzwedel und Merseburg

Seite 16

„Extreme Zeiten“ – Der Streit um die sog. „Extremismusklausel“ geht weiter

Seite 18

Demokratie leben und lernen im Klassenzimmer

Arbeitsauftrag: Demokratie entwickeln!

Demokratie lebt von Veränderung und Engagement

In den letzten beiden Jahren wurde mit dem Gedenken an die friedliche Revolution in Ostdeutschland sowie an die Wiedervereinigung auch das 20-jährige Bestehen eines demokratischen Sachsen-Anhalts gefeiert. Nach dem Sieg der Demokratie bleibt jedoch die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft weiterhin eine Herausforderung.

Seit der „Wende“ und den damit einhergehenden Erosionen der gewachsenen Infrastruktur in den neuen Bundesländern erleben wir sowohl das Wachsen sozialer Widersprüche als auch die Zunahme politischer und gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse. Während insbesondere Schlüsselmultiplikatoren für eine demokratische Zivilgesellschaft auf der Suche nach Zukunftsperspektiven in die alten Bundesländer abwandern, ist die Gesellschaft mit hohen Zustimmungsraten in der Bevölkerung zu fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungsmustern konfrontiert. Hierbei gehen sozialdarwinistische Positionen gegenüber Sozialschwachen und nicht als dazu gehörig definierten Personengruppen einher mit einem gleichzeitigen hohen Anpassungsdruck hinsichtlich eines homogenen und als „normal“ empfundenen Sozialverhaltens.

Nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern kann inzwischen von einer „demokratischen Rezession“ gesprochen werden, wie sie in niedrigen Wahlbeteiligungen und einer sinkenden Demokratiezufriedenheit ihren Ausdruck findet. Dieser Befund spiegelt sich u.a. im „Sachsen-Anhalt-Monitor“ wider, der seit 2007 von der Universität Halle im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung erstellt wird. Er erfasst die politischen Einstellungen im Land.

Zuletzt erschien der Monitor 2010 anlässlich des 20-jährigen Jubiläums Sachsen-Anhalts. (1) Zwar bekundeten die Sachsen-Anhaltiner_innen bei allen Befragungen ihre generelle Zustimmung zur Demokratie, doch erfährt dieser Befund im Detail eine Korrektur. Fast ein Drittel der Befragten 2010 war der Meinung, die Demokratie habe sich seit 1990 negativ entwickelt (2), 2009 waren

50% mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland unzufrieden. (3)

Demokratische Rezession

Diese Demokratieskepsis geht in Teilen einher mit einer autoritären Grundhaltung gegenüber gesellschaftlichen Problemlagen. Hierbei sind vor allem zwei Phänomene zu beobachten: Zum einen führte bei vielen Befragten die Klage über die eigenen (schwierigen) Lebensverhältnisse schnell zum Hass auf die (vermeintlich) verantwortlichen Politiker_innen sowie zu aggressiven Ressentiments gegenüber denjenigen, die sozial schlechter gestellt sind.

Zum anderen erfolgte gleichzeitig eine verstärkte positive Rückschau auf die DDR-Gesellschaft. So sind laut „Sachsen-Anhalt-Monitor 2009“ 94% der Sachsen-Anhalter_innen der Meinung, dass nicht alles schlecht war in der DDR. Zugleich verneinte eine große Minderheit von 18% den diktatorischen Charakter des politischen Systems in der DDR. (4)

Die Kombination aus autoritärem Sozialstaatsverständnis und Demokratieskepsis spiegelt sich auch in den Vorstellungen der Bevölkerung zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte wider. So befürworteten 2009 15% der Befragten die Idee einer Diktatur. (5) In den Antworten zu Einzelaspekten einer demokratischen Gesellschaft wird die Tendenz zu autoritären Einstellungen noch deutlicher: 45% der Befragten waren der Meinung, dass „Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung [...] dem Allgemeinwohl [schaden]“. 86% stimmten der Aussage zu: „Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen“. (6)

Zugleich sind Resignation und Hilflosigkeit gegenüber den als übermächtig erscheinenden gesellschaftlichen Instanzen weit verbreitet. Hier wird zum einen Unwissen deutlich über die Möglichkeiten der Teilhabe an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Zum anderen spiegelt sich hier die Erfahrungen, mit dem eigenen Engagement gegenüber der professionellen und institutionellen Politik schnell an Grenzen zu stoßen. So mit der „Wirkungslosigkeit“ politischer Aktivitäten konfrontiert, ziehen sich viele engagierte Bürger_innen zurück. Zugleich nehmen sich viele Menschen gar nicht erst als aktiv Beteiligte im demokratischen Gemeinwesen wahr. Politik wird für sie nicht von ihnen selbst als Teil der Gesellschaft ausgehandelt, sondern von den „Berufspolitiker_innen“ gemacht. Während sich so auf der einen Seite Ansichten aufgrund starker Simplifizierungen und Personalisierungen herausbilden, wird auf der anderen Seite von vielen Menschen immer wieder die Komplexität und Undurchschaubarkeit der Dinge betont. Zunehmend drückt sich solcherart demokratische Inkompetenz in einem generellen Desinteresse an (etablierter) Politik und der Schwierigkeit aus, Demokratie mit Leben zu füllen.

Chancen und Potenziale

Gleichzeitig scheinen die gesellschaftlichen Potenziale demokratischer Beteiligung eher stärker zu werden. Die Klage über Krisen sollte die neu entstandenen Formen der Beteiligung und die wachsende Bereitschaft in der Bevölkerung, sie auch zu nutzen, nicht übersehen. Politisches Interesse, Engagement in Initiativen und sozialen Bewegungen – bürgerschaftliches Engagement insgesamt – haben eher zu- als abgenommen, ohne dass die klassischen Institutionen der politischen Interessenvermittlung (Parteien, Verbände, Gewerkschaften) daraus dauerhaften Nutzen ziehen konnten.

Zum Gesamtbild gehören auch vielfältige Suchbewegungen, die eine Qualitätssteigerung der demokratischen Prozesse anstreben. Dies gilt z.B. für den Ausbau direktdemokratischer Ver-

fahren auf allen Ebenen der Staatsorganisation. Das Streben nach mehr Deliberation und Partizipation, im Sinne rationaler, argumentativ begründeter Entscheidungsfindung, ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu spüren.

Bürgerkommune, Bürgerhaushalt, Demokratie-Bilanz, Demokratie-Audit, die verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Wahlalterabsenkung bis zur Ausgestaltung von Beteiligungsrechten in Schulen und Gemeinden), die politischen Mitwirkungsrechte von Zuwanderer_innen aus Drittstaaten sind einige Stichworte dieser Bewegung in Richtung „mehr Demokratie wagen“.

Vitalisierung der Demokratie

Auch die gegenwärtigen Globalisierungsprozesse können hier positive Effekte zeigen: Demokratiefördernde Instrumente und Formen finden leicht den Weg über nationale Grenzen. Nicht selten liegen die Ursprungsorte für eine Weiterentwicklung der Demokratie im globalen Süden, wie z.B. bei der partizipativen Haushaltsplanung oder den Sozialforen. Weltweit werden heute zwischen 60 und 100 demokratische Erfindungen beschrieben, die einen deutlichen Schwerpunkt bei deliberativen Verfahren und Konsultationen haben.

Auch wer sich einzelne Krisendiagnosen, Potenzialbeschreibungen oder Instrumente nicht zu eigen macht, dürfte durch das Argument zu gewinnen sein, dass in Sachen Demokratie heute mehr möglich ist. Die Rede ist von einer „Intensivierung“, „Stärkung“ bzw. „Vertiefung“ der Demokratie, die mit unterschiedlichen Begründungen, Anregungen und Perspektiven gefordert wird.

Ein Beitrag zur Vitalisierung der Demokratie in Sachsen-Anhalt könnte die Debatte um die Entwicklung eines Landesprogramms für Demokratie sein. Ein solches Programm sollte auf Basis gemeinsamer Diskussionen von engagierten Bürger_innen, zivilgesellschaftlichen Trägern, Landtag und Landesregierung entstehen.

Es gilt, eine integrierte Strategie zur Verzahnung und Verstärkung der Arbeit für eine demokratische Alltagskultur zu entwickeln. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Träger im Themenfeld müssen gestärkt und Bürger_innen im Prozess ihrer Selbstorganisation unterstützt werden. Zudem braucht es die nachhaltige Verankerung der Arbeit für Demokratie in Sachsen-Anhalt.

(pb/Roland Roth)

Anmerkungen:

- (1) Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl: Sachsen-Anhalt-Monitor 2010. Sachsen-Anhalt – Land mit Eigenschaften. Das Land Sachsen-Anhalt in der Wahrnehmung seiner Bewohner. Halle/Saale 2010.
- (2) Vgl. ebd., S. 27.
- (3) Everhard Holtmann, Tobias Jaeck und Kerstin Völkl: Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch, Halle/Saale 2009, S. 63
- (4) Vgl. ebd., S. 82.
- (5) Vgl. ebd., S. 53.
- (6) Vgl. ebd., S. 56

Eine Partei in der Krise

Die NPD nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Alles hatte sie auf diese Karte gesetzt: Den Einzug in den Magdeburger Landtag fest vor Augen und nach Umfragen zum Greifen nahe, verpasste die NPD mit 4,6% Prozent der Stimmen den Wahlerfolg ebenso knapp wie deutlich. Seitdem ist ihr Landesverband in der Krise.

Erwartungsfroh und optimistisch präsentierte sich eine NPD-Delegation aus Michael Schäfer, Matthias Grunzel und Hans Püschel am Wahlabend im Magdeburger Landtag vor der Bekanntgabe der Ergebnisse. Je weiter der Abend jedoch voranschritt, desto länger wurden die Gesichter. Als gegen 21.30 Uhr feststand, dass die NPD den Einzug in den Landtag nicht geschafft hat, gingen sie wortlos davon.

Wahlschlacht und Niederlage

In den Wochen zuvor hatte die NPD mit massiver Unterstützung anderer Landesverbände und dem Einsatz enormer Geldmittel ein wahres Propagandafeuerwerk abgebrannt. Massiv war die Wahlwerbung der Partei in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen des Landes präsent. Gleich mehrere Umfragen deuteten darauf

hin, dass die Partei die Fünfprozent-Hürde nehmen können. Doch am Ende stellte sich heraus, dass die NPD im Wesentlichen ihr Kernwählerpotential erreicht hatte, die für sie so wichtige Gruppe der Nicht-Wähler_innen jedoch kaum. Mehrere Faktoren spielten hierfür eine Rolle. Der vielleicht wichtigste lag darin, dass die Partei in den für die Wählermobilisierung so wichtigen letzten zwei Wochen vor der Wahl kein Thema fand, mit dem sie angesichts der Ereignislage in Japan und der medialen Vorwürfe gegen Spitzenkandidat Matthias Heyder, er habe im Internet zum Bau von Bomben aufgerufen, zu den Menschen durchdrang.

Doch so erfreulich der Misserfolg der NPD bei den Landtagswahlen ist, für eine künftige Vernachlässigung des Themas Rechtsextremismus besteht kein Anlass. Nicht nur dass die NPD mehr als 45.000 Wähler_innen mobilisieren konnte, sollte aufhorchen lassen. Der überdurchschnittliche Erfolg der NPD bei jungen, männlichen Wählern und die erfolgreiche Kompetenzzuschreibung von (potentiellen) NPD Wähler_innen zum Thema Soziales lassen Rückschlüsse auf verankerte antidemokratische Einstellungen ziehen,

wie sie bereits der Sachsen-Anhalt-Monitor zu Tage brachte. Letztlich fehlten der NPD für einen Einzug in den Landtag nur etwas mehr als 5.000 Stimmen. Ohne die besondere thematische Gemengelage nach der Atomkatastrophe von Japan hätte die rechtsextreme Partei die Fünfprozent-Hürde wahrscheinlich übersprungen.

Für den NPD-Landesverband ist der Misserfolg vom März ein schwerer Schlag. Der unter Aufbietung aller Ressourcen in den letzten drei Jahren durchgesetzte Professionalisierungsprozess in der öffentlichen Kommunikation der Partei ist nun Makulatur. Zudem steht die Partei vor einem großen Schuldenberg. Den mehr als 268.000 Euro, die die NPD in den Wahlkampf zwischen Arendsee und Zeitz gesteckt hat, stehen faktisch keine finanziellen Reserven gegenüber. Die Landespartei ist auf Jahre hinaus verschuldet, da die Rückerstattung der Wahlkampfkosten nur einen Teil der Ausgaben deckt und zudem nur sukzessiv über Jahre erfolgt.

Renaissance des Kampfes um die Straße?

Der im Juni in der Landespartei vollzogene Führungswechsel stellt, dem politischem Personal nach zu urteilen, keinen Befreiungsschlag dar. Im Gegenteil. Dem von Matthias Heyder strategisch geführten Landesvorstand folgt eine Parteiführung, die den Rückzug der Partei in

die Kneipenhinterzimmer symbolisiert. Die jungen, dynamischen Neonazis verließen das angeschlagene Schiff der Landespartei beinahe fluchtartig. Dass die jetzige Führungsriege um Peter Walde und Andreas Karl nichts kann, bewies sie bereits in der Vergangenheit, als einige der nun wiedergewählten Landesvorstände die Partei schon einmal erfolglos führten. Dass von der NPD in absehbarer Zeit keine Impulse mehr für das Milieu des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ausgehen werden heißt jedoch nicht, dass es dort keine Aktivitäten mehr gibt. Die in diesem Frühjahr bereits gestiegene Zahl neonazistischer Demonstrationen und Aktionen in Sachsen-Anhalt deutet auf ein Wiedererstarren der militanten Neonazis der sogenannten Kameradschaften hin.

Jetzt, da es nicht mehr gilt, im Wahlkampf Seriosität zu verkörpern, kehren Teile des rechtsextremen Milieus zu jenen Aktionsformen zurück, die ihrem politischen Charakter mehr entgegenkommen als die biedere Maske der Bürgernähe: radikale Hasspropaganda auf der Straße, neonazistische Konzerte und wie zu befürchten ist, rechte Gewalttaten. Das sind die originären Themen, die in der Szene auf Resonanz stoßen. So gilt also: Die Schwäche der NPD ist nicht gleichbedeutend mit einem Abschwung des rechtsextremen Milieus. Diesem klare Grenzen zu zeigen, und seine Akzeptanz zurückzudrängen bleibt die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft in Sachsen-Anhalt.

Kommentar: Juniorwahlen in Sachsen-Anhalt

NPD unter Schüler_innen viertstärkste Partei

Parallel zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt fand auch eine sogenannte Juniorwahl statt, bei der sich auch noch nicht wahlberechtigte Schüler_innen politisch äußern konnten. An landesweit 89 Schulen machten über 10.000 Schüler_innen ihre Kreuze auf dem Wahlzettel.

Die Juniorwahl, ein seit 1999 bestehendes Projekt der politischen Bildung, will das „Üben und Erleben von Demokratie“ fördern. „Parallel zu Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen werden im Unterricht simulierte Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Etwa

einen Monat begleiten die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 aller Schulformen das Projekt. Der Schwerpunkt liegt in der politischen Bildung. Hierfür stehen den Lehrerinnen und Lehrern stehen zahlreiche spezielle handlungs- und produktorientierte Unterrichtsvorschläge zum Thema „Wahlen und Demokratie“ als Anregung und Ergänzung zur Verfügung. Die Juniorwahl ist keine Wahl, sondern ein handlungsorientiertes Konzept zur politischen Bildung: am Ende des Unterrichts steht keine Klassenarbeit, sondern der Wahlakt auf dem Stundenplan.“ (1) Das Ergebnis der Juniorwahl in Sachsen-Anhalt

ist hingegen ernüchternd und stützt die Ergebnisse der Wahlforschung. Besonders unter Jungwähler_innen hat die NPD erhebliche Stimmanteile gewonnen. Hier wurde die NPD hinter der CDU (18,8%), der SPD (17,0%) und den Grünen (14,9%) viertstärkste Partei mit 11,4%.

Auch wenn auf der Internetseite der Juniorwahlwahlsoziologisch korrekt betont wird, dass das Ergebnis nicht repräsentativ ist, sind die Wahlergebnisse doch ein besorgniserregender Indikator. Umso mehr wenn man bedenkt, wie stark die Ergebnisse an den einzelnen Schulen differenzieren. Es gibt zahlreiche Schulen, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen und in denen jede_r fünfte Schüler_in die NPD gewählt hat. An anderen Schulen rangierte die NPD in der Gunst der Schüler_innen bei den Zweitstimmen sogar auf dem ersten Platz und überflügelt alle demokratischen Parteien! Die NPD erzielte hier teils über 30% der Zweitstimmen, in einem Fall sogar 37,8% (bei jedoch nur sehr wenigen abgegebenen Stimmen).

Nachvollziehbar, dass bei solch dramatischen Ergebnissen in vielen Schulen bedrücktes Schweigen und beschämte Ratlosigkeit herrschen. Kritische Schüler_innen beklagen, wie die Wahlergebnisse an einigen Orten seitens der Lehrerschaft und Direktor_innen interpretiert werden: Sie seien lediglich Provokationen, weil man mit der Wahl der NPD die Lehrer provozieren könne.

Natürlich sind nicht all jene, die ihr Kreuz bei der NPD gemacht haben, überzeugte Neonazis, dennoch sollten deuten die Ergebnisse für die NPD auf eine latente Zustimmungsbereitschaft von Schüler_innen zu rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen hin. Auch wenn Stimmen für die NPD als Provokation interpretiert werden, so sollte diese „Provokation“ durchaus als politisches Signal verstanden und das Ergebnis der Juniorwahlen auch im Kontext der Attraktivität des jugendkulturellen Rechtsextremismus gesehen werden. (mab)

Informationen zu den Juniorwahlen in Sachsen-Anhalt sowie die Ergebnisse finden Sie unter: <http://juniorwahlen.de/e-Isa2011.php>

(1) <http://juniorwahlen.de/konzept.php>

Position, der in der Kirche klar widersprochen werden muss

Pfarrer Friedrich Kramer zur Diskussion
um die Sarrazin-Lesung in Halberstadt

Anfang Januar 2011 erfuhr die AG Kirche und Rechtsextremismus in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland von dem Vorhaben der Halberstädter Pfarrer Harald Kunze (Evangelische Kirche Mitteldeutschlands) und Hartmut Bartmuß (Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche), Thilo Sarrazin im Rahmen des „Halberstädter Abend“ zu einer Lesung Ende Februar 2011 in die evangelische Moritzkirche einzuladen. In der Reihe „Halberstädter Abend“ waren in den Jahren zuvor u. a. der ehemalige israelische Botschafter Shimon Stein und prominente Bundespolitiker_innen eingeladen worden.

Angesichts der Einladung von Thilo Sarrazin stellte sich die Frage, ob und in welcher Form die Kirche dem ehemaligen Bundesbank-Vorstandsmitglied ein Podium für seine rassistischen Thesen zur Verfügung stellen sollte. Zusätzliche Brisanz erhielt die Ankündigung, da die rechtsextreme NPD plante, die Veranstaltung im laufenden Landtagswahlkampf als Plattform für ihre Propaganda zu nutzen. Wenige Tage zuvor kündigte die NPD eine Kundgebung an, auf der sie Thilo Sarrazin als NPD-Wahlkampfhelfer willkommen heißen wollte.

Damit bestätigte sich die bereits im Januar von der Migrationsbeauftragten der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM), Pfarrerin Petra Albert, geäußerte Befürchtung, die rassistischen Thesen Thilo Sarrazins böten der NPD eine Vorlage für ihren Wahlkampf. In der Halberstädter Kirchgemeinde regte sich viel Widerspruch gegen die Einladung des Buchautors. Ein Initiativkreis Halberstädter Christen rief alternativ zur Sarrazin-Lesung zu einem Friedensgebet auf. In vielen Gesprächen bat die AG Kirche und Rechtsextremismus die Kirchenleitung der EKM darum, die Halberstädter Pfarrer zu bitten, ihre Einladung an Thilo Sarrazin zu überdenken.

Angesichts des drohenden NPD-Propagandaerfolgs kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 entschlossen sich die Organisatoren, die Lesung zu verschieben. Doch die kritischen Anfragen zu Form und Inhalt der Lesung in kirchlichen Räumen bezogen sich nicht nur auf eine Indienstnahme der Veranstaltung durch die NPD. Vielmehr stellten Vertreter_innen der AG grundsätzlich die Frage, inwieweit die an Thilo Sarrazin ergangene Einladung mit den Positionen der EKM zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus vereinbar sei. Zu der Debatte um die Sarrazin-Lesung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sprach David Begrich mit Pfarrer Friedrich Kramer, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt zu Wittenberg.

Herr Direktor Kramer, Sie haben gemeinsam mit anderen Vertretern der Evangelischen Kirche in einem offenen Brief Kritik an der Lesung mit Thilo Sarrazin in Halberstadt geübt. Was waren der Gegenstand und das Ziel Ihrer Kritik?

Der Halberstädter Abend mit Thilo Sarrazin hat ja eine längere Vorgeschichte, in der die Veranstalter von verschiedenen Seiten auf die Problematik eines solchen Abends in kirchlichen Räumen aufmerksam gemacht wurden. Im Zusammenhang des Wahlkampfes und des Versuches der NPD diesen Abend zu Wahlkampfzwecken auszunutzen, kam es dann zur vorläufigen Absage. Der Gemeindekirchenrat hat aber dann die Einladung wiederholt und Thilo Sarrazin erneut eingeladen, der dieser Einladung gefolgt ist. Der „Halberstädter Abend“ ist ein öffentliches Gespräch, das die beiden Pfarrer Kunze und Bartmuß mit einer prominenten Persönlichkeit führen. Dieser Abend ist eine seit Jahren erfolgreich laufende Reihe und hat hierin auch den verschiedensten politischen Positionen Raum gegeben. Nach der Sicht der Veranstalter war auch der Abend mit Thilo Sarrazin ein Abend unter vielen.

Diese Meinung teilen Sie nicht ...

Die Unterzeichner des offenen Briefes sahen dies anders, da die in Sarrazins Buch vertretenen Thesen und entworfenen Szenarien einer kritischen Debatte bedürfen und nicht einer Lesung mit Gespräch. Dies gerade auch vor dem Hintergrund der von der EKM initiierten Kampagne „Nächstenliebe verlangt Klarheit“, in der es gerade auch darum ging Gruppenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten und deutlich zu machen, dass diese Haltungen nicht vereinbar mit dem christlichen Glauben sind.

Was meinen Sie damit konkret?

Thilo Sarrazin vertritt in seinem Buch im Bezug auf die Integration von Türken und Arabern Thesen, die ausländerfeindliche Haltungen bestärken. Einiges an seinem Buch ist sicherlich zu bedenken und zu diskutieren, aber schon die Grundintention des Buches, dass Deutschland überfremdet wird und sich selbst abschafft, mag angesichts von Erfahrungen in einigen Berliner Stadtbezirken eine gewisse Plausibilität haben, aber der Applaus aus Halberstadt und Sachsen-Anhalt zu solchen Thesen entbehrt jeglicher realen Basis. Darum war es den Unterzeichnern des Briefes wichtig, dass eine Veranstaltungsform gesucht wird, in der eine klare andere Position zu Wort kommen kann und nicht allein die von Thilo Sarrazin, der in einer Kirche klar widersprochen werden muss. Ziel war es also, die Veranstalter zu einer veränderten Gestaltung des Abends aufzurufen. Der offene Brief wurde gewählt, um eine öffentliche Debatte darüber anzuregen und auch deutlich zu machen, dass in unserer Kirche kritische Positionen vorhanden sind.

Sie selbst waren dann ja Teilnehmer der Veranstaltung in Halberstadt. Welchen Eindruck haben Sie gewonnen. Haben sich ihre Befürchtungen bestätigt?

Da ich die Veranstaltungsform kritisiert hatte, bin ich auch nach Halberstadt gefahren, um an diesem Abend teilzunehmen. Es war ein gut vorbereiteter Abend, die Kirche gefüllt und die beiden Kollegen haben auch kritische Fragen gestellt, aber da sie nur Stichwortgeber für die Reden von Thilo Sarrazin waren, hat sich leider unsere Befürchtung vollumfänglich bestätigt. Es fand keine kritische Auseinandersetzung mit seinen Thesen und Behauptungen statt, vielmehr wurde er beklatscht und bejubelt, endlich mal einer, der sagt, wie es ist. Es gab in der anschließenden Fragestunde, die ebenfalls nicht zur Debatte einlud, sondern allein als Fragestunde konzipiert war, nur zwei kritische Anfragen, die eine von Petra Albert und die andere von mir, die wir beide zu den Unterzeichnern des offenen Briefes gehörten. Mir ist an diesem Abend deutlicher geworden, warum Thilo Sarrazin so eine große Zustimmung findet und dass dies eine gemischte Gemengelage mit vielen Grautönen ist, in die sich verschiedenste Stimmungen und Ängste weben.

Die Lesung Sarrazins liegt nun schon etwas zurück. Dennoch scheint die Diskussion einen wichtigen Punkt im Selbstverständnis der Diskurskultur der Kirche getroffen zu haben. Mit welchem Ziel sollte die innerkirchliche Debatte aus ihrer Sicht fortgeführt werden?

Es ist ja anhand der Diskussion um die Lesung mit Thilo Sarrazin deutlich geworden, dass das starke mediale Interesse nicht nur mit der Diskurskultur der Kirche zu tun hatte, sondern hier auch stellvertretend eine Debatte geführt und medial aufgenommen wurde, die in der Gesellschaft virulent ist. Insofern gibt es Ängste und Ressentiments, die diskutiert und aufgenommen werden müssen. Zum anderen ist aber Klarheit gegenüber menschenverachtenden und gruppenfeindlichen Einstellungen geboten, gerade aus dem Geist Jesu, aus christlicher Verantwortung heraus. Dem wollen wir uns stellen.

Was haben Sie geplant?

Die Akademien werden das Thema fremdenfeindlicher und gruppenverachtender Einstellungen mit einer gemeinsamen Veranstaltung im nächsten Jahr aufnehmen und hierbei die eigenen Gemeinden in den Blick nehmen und die innerkirchliche Debatte damit weiter voranbringen.

Vielen Dank für das Gespräch. (db)

Neue Projekte von und bei

... setzen Impulse für eine lebendige Demokratie in

Das Modellprojekt Rollenwechsel

Welche Rolle spielen Genderaspekte bei der Ausprägung des Rechtsextremismus und der Entwicklung von rechtsextremen Einstellungen? Gibt es Schutzfaktoren, die solchen Einstellungen entgegenwirken? Wie kann Präventionsarbeit in diesem Feld ansetzen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich das neue Modellprojekt Rollenwechsel, das durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert wird.

In der bisherigen Praxis von Bildungsprojekten spielen geschlechtsspezifische Aspekte in aller Regel eine untergeordnete Rolle. In der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen fehlen sie fast vollständig. Dabei sind die geschlechtsspezifische Sozialisation und die eigene Körperlichkeit gerade für Jugendliche bei der Suche nach der eigenen Identität von zentraler Bedeutung.

Der Wissenschaftsdiskurs zu Gender ist noch nicht in der Praxis angekommen und umgesetzt. Das Modellprojekt Rollenwechsel möchte daher einen Beitrag leisten, diese Lücke zwischen Theorie und Praxis zu schließen.

Praxisnah mit Geschlechterbildern auseinandersetzen

Im ersten Schritt möchten wir dazu Konzepte und Ansätze in der Bildungsarbeit speziell für rechtsaffine Jugendliche entwickeln. Sie sollen die geschlechtsspezifische Sozialisation und die Identitätssuche von Jugendlichen kritisch mit einbeziehen und sich mit Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit auseinandersetzen. Dazu gehören auch der regelmäßige Fachaustausch und die Netzwerkarbeit mit anderen Trägern im Themenbereich.

Im nächsten Schritt wollen wir diese Konzepte umsetzen, in zwei bis drei Modellregionen in der Praxis erproben und weiterentwickeln. Dazu ist eine langfristige Kooperation mit einzelnen Einrichtungen notwendig, der den sozialen Nahraum mit einbezieht. Bewährte Ansätze sollen an Praktiker_innen weitergegeben und diese bei der Umsetzung und Implementierung begleitet werden.

In unserer Gesellschaft herrschen nach wie vor klare Rollenbilder für Männer und für Frauen. Sie sind zwar nicht festgeschrieben, werden jedoch als „normal“ angenommen und reproduziert. Gerade in Jugendkulturen der rechtsextremen Szene spielen traditionelle Geschlechter- und Familienbilder und deren öffentliche Inszenierung eine besondere Rolle. Homophobe Äußerungen und sexistisches „Machoverhalten“ sind in Jugendkulturen oft bittere Realität, diskriminierende Aussagen wie „Du Schlampe“ oder „Bist du schwul?“ häufig selbstverständlich und werden auch von Pädagog_innen nicht immer ernst genug genommen und selten thematisiert.

Sich gegen vorherrschende geschlechtsbezogenen Zuschreibungen zu stellen, erfordert eine Auseinandersetzung und Bewusstwerdung der eigenen Geschlechterbilder und Rollenzuschreibungen, um Alternativen aufzuzeigen und entwickeln zu können. Dabei ist es notwendig das Selbstbewusstsein, die Identität und Widerständigkeit (nicht nur) der Jugendlichen zu stärken. (rm, kl)

Geschichte(n) Würde(n) Leben

... so heißt das einjährige Modellprojekt, welches sich mit Zivilcourage und Menschenrechten in Sachsen-Anhalt beschäftigt. Gefördert wird es im Rahmen des Programms für Menschenrechtsbildung durch historisches Lernen „Menschen Rechte Bilden“ der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft. (1)

Die Menschenrechte als Chance nutzen

Im Mittelpunkt des Projektes steht die intensive Beschäftigung von Jugendlichen mit Geschichte(n) und dem Wirken von Menschenrechtsverteidiger_innen im lokalen Nahraum. Über theaterpädagogische und künstlerische Methoden soll eine Diskussion über geschichtliche Ereignisse, Menschenrechte und Zivilcourage in ausgewählten ländlichen Gebieten in Sachsen-Anhalt angeregt und nachhaltige Denkanstöße gegeben werden. Was hat die Zeit des Nationalsozialismus heute mit meinem Ort und mir zu tun? Was sind Folgen von Missachtung der Menschenrechte in der Vergangenheit und Gegenwart? Was haben damals trotz schwieriger Bedingungen Menschen

Miteinander e. V.

Sachsen-Anhalt und darüber hinaus

für das Einhalten der Menschenrechte getan? Was habe ich heute für Handlungsspielräume in meinem sozialen Umfeld, um mich für Menschenrechte einzusetzen?

Die Ergebnisse der Projektarbeit werden in einem künstlerischen Produkt – z. B. in Form eines Theaterstücks, einer Ausstellung oder eines „Zivilcourageführer“ öffentlich präsentiert und Eingang in Workshopmaterialien finden, die für eine pädagogische Weiterentwicklung zur Verfügung stehen.

Methodisch vielfältig

In dem Projekt werden lebensweltlich attraktive Methoden mit historischer Bildung und Menschenrechtserziehung verbunden. Durch praktische lebensnahe Aufgaben und Übungen werden die Jugendlichen dazu ermuntert, ihre eigene Rolle in einer demokratischen Gesellschaft wahrzunehmen und auszuüben – und sich kritisch reflektiert mit Unrechtserfahrungen, Menschenrechtsverletzungen und Geschichte(n) auseinanderzusetzen.

So wird die notwendig theoretische Auseinandersetzung mit praktischer Betätigung verknüpft und z. B. durch Fotostreifzüge, Interviews mit Verwandten und Nachbar_innen eine Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Ebenen ermöglicht. Wir wollen uns mit den Jugendlichen auf die Suche nach Geschichte und Geschichten begeben, die „hinter vorgehaltener Hand“ erzählt werden. Einerseits, weil diesen Geschichte(n) vielleicht keine Bedeutung beigemessen wird, andererseits wollen wir die „unausgesprochenen“ Dinge und Ereignisse, die gern verschwiegen werden, thematisieren. Doch diese Geschichte(n) bieten viel: Eine gute Möglichkeit, Alltagsgeschichte(n) von „damals“ greif- und erlebbar werden zu lassen, aber den aktuellen Bezug nicht aus den Augen zu verlieren. (rm, kl)

Internationales Projekt FRATT – Fighting Racism through Theatre

Theater hat die Kraft, Wirklichkeiten infrage zu stellen, es schafft den Raum, Alternativen zu Bestehendem auszuprobieren, Totgeschwiegenes aufzudecken und zu bearbeiten ...

Im Frühling dieses Jahres startete das internationale Projekt „FRATT – Fighting Racism through Theatre“ im Rahmen des Programms der Europäischen Union Fundamental rights and citizenship. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern Giolli Cooperativa Sociale (Italien), Pa'tothom (Spanien), GTO Paris und En'tract (beide Frankreich) möchte Miteinander e. V. das Medium Theater nutzen, um Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Dabei werden vorrangig interaktive und dialogische Theateransätze genutzt, die zu einer kritischen Reflexion von Realität einladen.

Mit der Kraft des Theaters Fragen stellen

In den fünf verschiedenen Projekten sollen unterschiedliche Aspekte von Rassismus und Diskriminierung beleuchtet werden. Jeder der Partner untersucht daher lokal spezifische Mechanismen von Rassismus und Ausgrenzung mit Methoden und Übungen aus dem Theater der Unterdrückten. Welche Übungen eignen sich in welchem Kontext gut? Welche nicht? Wie sind die Reaktionen im Publikum? Welche Interventionen sind erfolgreich und welche nicht?

Unser Forumtheaterprojekt „Breaking the wall of silence“ wird sich mit dem „ganz alltäglichen“ Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt auseinandersetzen. Ausgang für unsere Projektidee sind neuere Entwicklungen und die immer größere Akzeptanz rechtsextremer Positionen. Der organisierte Neonazismus gibt sich bieder und anständig und dringt mit Kindergärtner_innen und Fußballtrainer_innen in den gesellschaftlichen Alltag vor. Freie Kameradschaften versuchen, sich als normaler Teil des ländlichen Lebens zu etablieren. Rechtsextreme Aktivist_innen verteilen CDs mit Nazimusik und Propagandacomics auf Schulhöfen und organisieren Konzerte und Aufmärsche. NPD-Parteitage finden in Bürgerhäusern und Schulen statt. Diese scheinbare Normalität, samt der umgebenden Kultur des Schweigens, aber auch des Widerstands ist der Ausgangspunkt für das Theaterprojekt.

Die Ergebnisse aller fünf Projekte werden im intensiven mehrfachen Fachaustausch zusammengeführt und veröffentlicht. (rm)

Wenn Ihr Interesse am Modellprojekt Rollenwechsel geweckt wurde, melden Sie sich unter:

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.
Regionales Zentrum Süd
Projekt Rollenwechsel
Platanenstraße 9
06114 Halle

Tel.: (0345) 2266450

Fax: (0345) 2267101

rollenwechsel@miteinander-ev.de



Neue Broschüren von Miteinander e.V.

Sirenen des Hasses

Broschüre zu NS-Hardcore aus Sachsen-Anhalt

Neonazi = Skinhead. Hatte diese Gleichung für die 1980er und 1990er Jahre noch eine gewisse Gültigkeit, so kann man seit der Jahrtausendwende eine jugendkulturelle Ausdifferenzierung der Neonaziszene beobachten, die sich an linken oder unpolitischen Vorbildern orientiert. Charakteristisch für diese Nachahmungen von Rechts ist, dass sie nur auf der symbolischen Ebene vollzogen werden.

So wurden zwar Kleidungsstil und Auftreten des schwarzen Blocks durch selbst ernannte „Autonome Nationalisten“ übernommen, dessen linkspolitischen Forderungen und Organisationsstruktur jedoch nicht. Wenn Neonazis schwarze Kapuzenpullover anziehen und ein buntes Banner vor sich hertragen, steht dahinter immer noch dieselbe menschenverachtende Ideologie, die ihr historisches Vorbild in der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts hat.

Rechte Ideologie im linken Gewand

NS-Hardcore ist ein aktuell besonders erfolgreiches Produkt dieses Hanges zur Mimikry. Seit Anfang des neuen Jahrtausends entwickelt sich in Deutschland eine entsprechende Szene, die besonders im Bundesland Sachsen-Anhalt floriert. Hier sind einige der umtriebigen neuen Bands, Labels und Akteur_innen ansässig. Diese Szene wird von der Broschüre „Sirenen des Hasses. NS-Hardcore aus Sachsen-Anhalt“ des Vereins Miteinander e. V. genauer unter die Lupe genommen.

Die Hauptthese des Autorentrios David Begrich, Jan Raabe und Martin Langebach lautet dabei,

dass gerade aufgrund der uneindeutigen Ästhetik des NS-Hardcore dessen Anschlussfähigkeit an nicht-rechte Jugendszenen potenziell höher ist als bei Naziskins, neonazistischen Parteien oder Kameradschaften und anderen, deren Gesinnung bereits auf den ersten Blick unzweifelhaft erkennbar ist.

Mitte der 1990er Jahre wurden die ersten deutschen Neonazibands vom Hardcore beeinflusst. Prägend waren hier US-amerikanische Vorbilder wie die „Blue Eyed Devils“. Im Unterschied zu den Bands, die Anfang des neuen Jahrtausends auftauchten, verstanden sich die Mitglieder dieser Gruppen jedoch noch als Skinheads. Erst mit der neuen Generation, zu denen die Gruppen wie „Brainwash“, „Path of Resistance“ und „Moshpit“ gehören, entwickelte sich auch ein dezidiertes Szenefühl, das sich deutlich von der Skinhead-subkultur unterscheidet.

Nichtsdestotrotz erfuhren viele der Akteur_innen ihre jugendkulturelle Sozialisation zunächst in der typischen Rechtsrocklandschaft. So ist die Gruppe „Path of Resistance“ beispielsweise ein Nachfolgeprojekt von „Nordmacht“. Die Selbstbezeichnung „National Socialist Hardcore“ (NSHC) hat sich jedoch erst vor ca. drei Jahren durchgesetzt. Nazihardcore firmierte bis dahin unter anderem auch unter dem Label Hatecore, eine Bezeichnung, die ebenfalls zunächst von eher linken Bands verwendet wurde.

Die Broschüre enthält Informationen über Protagonist_innen, Labels und Aussagen von insgesamt zehn sachsen-anhaltischen NS-Hardcore-Bands. Unter ihnen ist zum Beispiel „Daily Broken Dream“, die sich bereits 1998 gründete und bis zum Jahr 2007 unter dem Namen „Race Riot“ spielte. Die Umbenennung begründete ihr Frontmann nicht zuletzt damit, dass der neue Name die Anziehungskraft auf nicht-rechte Menschen erhöht und diese somit leichter für die Naziszene gewonnen werden können.

Umtriebige Szene in Sachsen-Anhalt

Mit „Until the End Records“ besitzt die Band ein eigenes Label, auf dem auch das internationale NSHC-Projekt „Fear rains down“, deren Mitglie-

der auch bei „Teardown“ aus den USA und eben „Daily Broken Dream“ spielen, veröffentlicht. Auffällig ist bereits hier die Verwendung der englischen Sprache – ein Unterschied zu herkömmlicher Neonazimusik. Jedoch sind nicht alle Protagonist_innen der Szene des Englischen wirklich mächtig: Die Magdeburger Band „2 Minutes Warning“ bestätigt das bereits mit ihrem Namen. (1)

Die schlecht kopierte Ästhetik der NSHC-Bands setzt sich auch in den Texten fort. Zunächst entsteht der Eindruck, dass es an eindeutigen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus fehlt. Mit entsprechendem Hintergrundwissen zum politischen Kontext der Bands werden die Aussagen jedoch klar, und es offenbaren sich vor allem antisemitische Verschwörungsvorstellungen, die nicht selten in Vernichtungsfantasien münden.

So singen „Inborn Hate“: „Fuck you and your fucking lies/ revenge for those who have died/ so everyone gets what he deserves/ soon or later you'll be cleaned from this earth.“ Diese klassischen Nazimusikinhalte werden ergänzt durch hardcoreszenetypische Themen, wie Umweltprobleme, Zustandsbeschreibungen der eigenen Szene und sogar Straight Edge. Straight Edge bezeichnet eine drogenfreie Lebensweise innerhalb der Punk-Hardcore-Bewegung. Auch diese Idee kommt originär von links. Symbolisiert wird dies durch die drei Buchstaben „sXe“. Die NS-Straight Edger machen daraus „nXs“ und propagieren die „Reinhaltung des arischen Blutes“. (mib)

„Schulhof-CD“ der NPD Sachsen-Anhalt

Eine Argumentationshilfe nicht nur für Lehrer_innen

Zwar ist die Landtagswahl für die NPD negativ ausgefallen, jedoch ist die sogenannte Schulhof-CD nun im Besitz vieler Schüler_innen und könnte einigen Menschen in der pädagogischen Jugendarbeit noch Kopfschmerzen bereiten. Unter dem Titel „Gegen den Strom“ wurde das Propagandamaterial an einigen sachsen-anhaltischen Schulen verteilt und sollte nicht nur Erstwähler_innen zur Wahl der Neonazipartei mobilisieren, sondern auch für einen Einstieg in die neonazistische Szene interessieren.

Inhaltlich bestätigt die CD die Beobachtung, dass sich rechtsextreme Jugendkultur in ästhetischer

Hinsicht ausdifferenziert. So wird auf dem Machwerk nicht nur klassischer Rechtsrock geboten, sondern auch NS-Hardcore, Hip-Hop und aufwendig produzierte Popmusik. Bindend für diese verschiedenen Stile ist aber nach wie vor das menschenverachtende Gemisch aus Antisemitismus, Rassismus, Autoritarismus, völkischem Denken und anderen Ideologien der extremen Rechten.

Neben einer vollständigen Textdokumentation der auf der CD veröffentlichten Songs bietet die Handreichung Informationen zu den Interpret_innen und ihren ideologischen Hintergründen. Exemplarisch werden zudem sechs Songtexte analysiert. (mib)

Bühne frei für Respekt

Broschüre dokumentiert Praxiserfahrungen des dreijährigen Modellprojektes

Das dreijährige Modellprojekt „Bühne frei für Respekt“ bei Miteinander e. V. lief Ende Dezember 2010 planmäßig aus. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen sind nun in der Broschüre „Bühne frei für Respekt – Praxiserfahrungen eines Modellprojektes“ zusammengefasst.

Die Broschüre versteht sich als Grundlagenwerk in der Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen und stellt innovative Konzepte und Herangehensweisen für eine demokratische, pädagogische Praxis vor. Einzelne Projekte, ihre Entwicklung und Rahmenbedingungen, unter denen sie erfolgreich oder auch nicht erfolgreich waren, werden in der Dokumentation vorgestellt und näher diskutiert.

„Bühne frei für Respekt – Praxiserfahrungen eines Modellprojektes“ richtet sich an alle Pädagog_innen, Sozialarbeiter_innen und Interessierte, die auf der Suche nach kreativen, dialogischen und handlungsorientierten Ansätzen und Methoden für die Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen sind. Wir hoffen sehr, mit dieser Broschüre Anregungen zu geben sowie Fragestellungen und neue Ideen vorzuschlagen, die Ihre praktische Arbeit und Ihr demokratisches Engagement unterstützen und bereichern!

„Lernen bedeutet, die jungen Leute an der Formulierung der Aufgabenstellung zu beteiligen, Fragen zu stellen und nach möglichst vielen Wegen zu suchen, um Antworten zu finden.“ (rm, kl)

Die „Argumentationshilfe gegen die ‚Schulhof-CD‘ der NPD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2011“ kann unter www.miteinander-ev.de heruntergeladen werden.

Die Broschüre „Bühne frei für Respekt“ kann unter www.miteinander-ev.de heruntergeladen bzw. unter folgender Adresse bestellt werden:

Miteinander e. V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
net.gs@miteinander-ev.de

Wir berechnen hierfür eine Versandkostenpauschale in Höhe von:
3 € für 1 – 7 Exemplare
6 € für 8 – 15 Exemplare
Versandkosten für größere Mengen bitte in der Geschäftsstelle erfragen.

Die Broschüre „Sirenen des Hasses“ kann unter www.miteinander-ev.de heruntergeladen bzw. unter folgender Adresse bestellt werden:

Miteinander e. V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
net.gs@miteinander-ev.de

Wir berechnen hierfür eine Versandkostenpauschale in Höhe von:
3 € für 1 – 7 Exemplare
6 € für 8 – 15 Exemplare
Versandkosten für größere Mengen bitte in der Geschäftsstelle erfragen.

(1) Vorbild für den Namen ist die „Two-minute warning“ aus dem US-amerikanischen Football. Das zusätzliche „s“ im Bandnamen dagegen ist überflüssig.



Von den USA lernen

Abschied von Cit.Active

Im Juni 2010 waren sieben US-amerikanische Teilnehmende des Projektes „Citizen active – aktive BürgerInnen“ in Berlin/Brandenburg, Magdeburg und Umgebung unterwegs. Die Studienreise bildete den Abschluss des zweijährigen Projektes Cit.Active, das in Trägerschaft von Miteinander e.V. veranstaltet wurde und im September 2010 ausgelaufen ist.

Cit.Active zielte auf den Austausch zwischen deutschen und US-amerikanischen Fachkräften aus den Bereichen schulische Benachteiligtenförderung, Gemeinwesenarbeit und politisch/historische Bildung über Fundraisingstrategien und die Zusammenarbeit mit ehrenamtlich Engagierten.

Hintergrund war die Überlegung, dass sowohl in Deutschland als gewachsenem Wohlfahrtsstaat wie auch in den USA als Land mit einem ausgeprägten Sinn für Selbstverantwortung und dem selbstverständlichen Einsatz für das Gemeinwohl Fördermittel immer weniger zur Verfügung stehen. Damit wird es notwendiger, Fundraising zu intensivieren und Bürger_innen verstärkt zu ehrenamtlichem Engagement zu motivieren.

Neue Finanzierungsmodelle sind notwendig

Während einer Studienreise in den USA lernten die deutschen Teilnehmenden die Arbeitsweisen der US-amerikanischen Kolleg_innen kennen und erhielten Impulse für ihre eigene Arbeit. Der Gegenbesuch erfolgte im Juni 2010. Die Zwischenzeit wurde als Arbeitsphase gestaltet, in der sich jeweils Teilnehmende aus beiden Ländern in einer Partnerschaft austauschten. Die US-Amerikaner_innen erhielten dabei die gesonderte Aufgabe, ihre Kolleg_innen aus Deutschland dabei zu unterstützen, ihre in den USA gewonnenen Impulse für ihren eigenen Arbeitskontext zu adaptieren.

Im Verlaufe des Projektes wurden die beiden Schwerpunkte um den konkreten Austausch über die Inhalte der Arbeitsthemen und Arbeitsmethoden erweitert. Leider mussten im Laufe der Projektzeit einige Teilnehmende ihre Teilnahme beenden. Zwei sagten ab, da sich die eigene Organisation zwecks mangelnder Förde-

rung auflöste. Eine Organisation konnte den Teilnahmebeitrag nicht mehr aufbringen. Zwei sehr deutliche Beispiele für eine unumgängliche Umstrukturierung des Finanzierungsmodells vieler Vereine und Initiativen und die sich daraus ergebende Notwendigkeit innovativer Fundraisingmodelle.

Stichproben aus der Evaluation

Alle Teilnehmenden bewerteten das Projekt bzw. Teile des Projektes als gewinnbringende bis sehr gewinnbringende Erfahrung. Als Hürden im binationalen Dialog während der partnerschaftlichen Arbeitsphase erwiesen sich hier und da Sprachbarrieren und die teilweise unterschätzte Zeit, die für das Projekt neben der alltäglichen Arbeit aufgebracht werden musste.

Aus den USA kam die Anregung, die Studienreisen direkt aufeinanderfolgen zu lassen. Die Unterstützung der deutschen Kolleg_innen durch ihre US-Partner_innen wäre intensiver und zielbringender erfolgt, wenn vorab ein persönlicher Einblick in deren Arbeitsfeld möglich gewesen wäre.

Austauschprojekte sind keine Konsumgüter, sondern verlangen viel Eigenverantwortung und notwendige Kapazitäten wie Zeit, um den Austausch lebendig zu halten und um die eigenen Erwartungen, auch an das Projekt, zu erfüllen. Dass weiterhin Kontakte und Kooperationen zwischen den Teilnehmenden bestehen, ist für uns als Veranstalter_innen das größte Erfolgskriterium. Das macht uns stolz, trotz berechtigter Kritik – aus der wir lernen werden.

Danken möchten wir dem Transatlantik Programm der Bundesregierung aus Mitteln des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie, dem US-Generalkonsulat Leipzig, der Check Point Charly Stiftung Berlin und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Ebenso bedanken wir uns bei allen Organisationen, deren Vertreter_innen am Projekt Cit.Active teilgenommen haben und die mit viel Engagement zum Gelingen des Projektes beigetragen haben. Vergessen möchten wir nicht die vielen kleinen und größeren Unterstützer_innen des Projektes, denen wir ebenso dankende Worte entrichten. (lp)

Jugendliche und junge Erwachsene auf Spurensuche

Internationales Sommerlager in der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin

Im Seminarraum der Lichtenburg herrscht kreatives Chaos: Bunte Plakate hängen an den Wänden, Bücher und Bastelmaterialien aller Art verteilen sich über die Arbeitstische. Der Raum ist erfüllt von vielsprachigem Stimmengewirr. Im Schlosshof sitzen derweil zwei junge Frauen im Schatten der Schlossmauer und entziffern die Kopie eines historischen Dokuments ...

Die Bewohner_innen Prettins überrascht der Anblick der internationalen Besucher_innen schon lange nicht mehr: Bereits zum achten Mal reisen Jugendliche und junge Erwachsene diesen Sommer zum internationalen Sommerlager von Miteinander e.V. und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in den Ort an der Elbe. Im Rahmen des zweiwöchigen Sommerlagers setzen sich die Teilnehmenden mit der wechselvollen Geschichte der Lichtenburg auseinander, die das Stadtbild Prettins prägt. 1933 wurde in dem Renaissanceschloss eines der ersten Konzentrationslager im nationalsozialistischen Deutschland eingerichtet. Es diente zunächst als KZ für Männer sowie von 1937 bis 1939 als Lager für Frauen. Während des Zweiten Weltkriegs brachte die SS dort zudem ein Außenkommando des KZ Sachsenhausen unter. Insgesamt waren in der Lichtenburg etwa 10.000 Männer und Frauen interniert.

Durch inhaltliche und praktische Arbeit leisten die Teilnehmenden des Sommerlagers einen konkreten Beitrag zur Erinnerungsarbeit. Im Mittelpunkt stehen in diesem Jahr die Schicksale der Häftlinge, die aufgrund ihres politischen Engagements inhaftiert waren. Ergänzt wird die inhaltliche Auseinandersetzung durch praktische Arbeiten auf dem Gelände der Lichtenburg und Diskussionen zu aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus.

Premiere mit Symbolcharakter

Darüber hinaus werden die Teilnehmenden in diesem Jahr den Endspurt der Neugestaltung der Gedenkstätte miterleben: Die Vorbereitungen für die im Oktober geplante Eröffnung der neuen Dauerausstellung in einem umgebauten Gebäu-

dekomples des Schlosses laufen auf Hochtouren. Zum ersten Mal kann die Sommerlagergruppe in diesem Jahr die Infrastruktur der neuen Gedenkstätte nutzen – eine Premiere mit Symbolcharakter!

2004 hatten unterschiedliche Initiativen verstärkt begonnen, sich für den Erhalt bzw. die Neugestaltung der Gedenkstätte in der Lichtenburg einzusetzen. Es fehlten Konzepte für eine zeitgemäße Erinnerungsarbeit, der Gebäudekomplex zerfiel zusehends, während die Eigentumsverhältnisse ungeklärt blieben. Um diese unhaltbare Situation zu verändern, führte der Arbeitskreis Schloss und Gedenkstätte Lichtenburg e.V. 2004 erstmalig ein internationales Sommerlager durch. Mit einem Bildungswochenende begann 2005 auch das Engagement von Miteinander e.V. für die Gedenkstätte. 2006 wandten sich die Teilnehmenden des Sommerlagers mit einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts.: „Es darf nicht sein, dass (...) ein so wichtiger Ort des Gedenkens aufgrund geringfügiger finanzieller Erwägungen geschlossen wird und in Vergessenheit gerät. Wir bitten (...) um eine weitere Förderung und Unterstützung zum Erhalt der Lichtenburg.“

Mit der Überführung der Lichtenburg in die Trägerschaft der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt e.V. wurden 2008 die Voraussetzungen für die Neugestaltung der Gedenkstätte geschaffen. Diese neuen Rahmenbedingungen wirkten sich auch auf die Durchführung des Sommerlagers aus: die Kooperation mit der Stiftung und ihrem freien Mitarbeiter vor Ort ermöglichte Einblicke in die laufende Forschungsarbeit zur Lichtenburg und eine bessere Koordination von Sommerlagern und Gedenkaktivitäten vor Ort.

Unverändert positiv (seit 2004!) ist übrigens auch die Zusammenarbeit mit der Stadt Prettin und den zahlreichen Helfer_innen, die sich u. a. um Unterkünfte kümmern, für Verpflegung sorgen und vor allem: Den Besucher_innen jedes Jahr wieder das Gefühl geben, willkommen zu sein.

(mt)

Anmeldungen für das Sommerlager 2011 sind weiterhin möglich! Es findet vom 18. Juli bis zum 1. August 2011 statt. Gesucht werden junge Menschen ab 16 Jahren, die Interesse an der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte sowie praktischer Erinnerungsarbeit haben und zwei sommerliche Ferienwochen in einer Gruppe mit internationalen Teilnehmenden in Prettin verbringen wollen. Campsprachen sind Deutsch und Englisch. Weitere Informationen und das Online-Anmeldeformular sind auf der Homepage von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. zu finden (www.asf-ev.de).

Mehr Informationen über das Projekt "Citizen active - Aktive BürgerInnen" gibt es unter <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=30&modaction=detail&modid=11>

Gestärktes Selbstbewusstsein der Freien Kräfte

Naziaufmärsche und Gegenproteste in Halle, Salzwedel und Merseburg

Durch den gescheiterten Landtagseinzug der NPD bei den Wahlen am 20. März 2011, der die ohnehin nur bedingt handlungsfähige Landes-NPD weiter geschwächt hat, ist mit einer Kräfteverschiebung innerhalb der neonazistischen Szene hin zu den sogenannten Freien Kräften zu rechnen. Ihr gestärktes Selbstbewusstsein zeigt sich nicht nur daran, dass die Vertreter_innen der NPD/JN seit ihrem Wahlkampf kaum öffentlich aufgetreten sind, sondern vor allem daran, dass dieser Teil der Szene innerhalb von sechs Wochen gleich drei Aufmärsche angemeldet hat: In Halle/Saale fand am 1. Mai der bundesweit größte Neonaziaufmarsch statt. Nur zwei Wochen später marschierten Neonazis aus dem gleichen Spektrum in Salzwedel und für den 18. Juni kündigten Freie Kräfte einen Aufmarsch in Merseburg an.

Aggressiv und gewaltbereit

Rund 1.000 Neonazis versuchten am 1. Mai, durch die südliche Innenstadt zu ziehen. Bereits seit dem Vormittag waren rund 2.000 Gegendemonstrant_innen unterwegs, um den Aufmarsch durch friedliche Blockaden, zu denen das Bündnis „Halle gegen Rechts“ und weitere Gruppen aufgerufen hatten, zu verhindern. Mit Erfolg: Weil die geplante Route blockiert war, setzte sich der Nazimarsch verspätet und in entgegengesetzter Richtung in Bewegung. Dabei zeigten sich die auf mittlerweile ca. 3.000 Menschen angewachsenen Gegendemonstrant_innen so flexibel, dass nach kurzer Zeit auch die Ausweichroute blockiert war. So gelang es den Neonazis zwar, in Halle zu marschieren, sie konnten ihre geplante Route aber überhaupt nicht betreten, sahen sich ununterbrochen den zahlenmäßig deutlich überlegenen Antifaschist_innen gegenüber und mussten sich mit einer mehrfach verkürzten Route durch hallesche Industriebrachen zufriedengeben.

Bereits Anfang März war bekannt geworden, dass die Anmelder_innen für den Neonaziaufmarsch aus dem Spektrum der Freien Kräfte in

Sachsen-Anhalt und Sachsen kamen. Entsprechend aggressiv traten die Neonazis, die zu großen Teilen dem gewaltbereiten Spektrum der Freien Kameradschaften und der Autonomen Nationalisten zuzuordnen waren, auf. Das zeigte sich nicht nur in Redebeiträgen und Sprechchören mit volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Inhalten, sondern auch in wiederholten Versuchen größerer Gruppen von Neonazis, aus dem Zug auszubrechen und Gegner_innen anzugreifen. Mindestens in einem Fall gab es einen direkten Angriff auf einen Gegendemonstranten. Kurz vor Ende des ca. zweistündigen Umzugs drohte die Situation völlig zu eskalieren, als zahlreiche Neonazis auf dem Rückweg zum Bahnhof mehrere Hundert Gegendemonstrant_innen mit Wurfgeschossen angriffen.

Polizeiliche Fehleinschätzung

Die Polizei, die im Verlauf des gesamten Tages oft vollkommen überfordert wirkte, hatte größte Mühe, die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Ursache für diesen äußerst kritikwürdigen Polizeieinsatz war offensichtlich die vollkommene Fehleinschätzung der Lage durch die örtliche Versammlungsbehörde: Trotz Nachfrage war sie bis zuletzt von einer Teilnehmerzahl von höchstens 350 Neonazis ausgegangen und hatte ihre Gewaltbereitschaft unterschätzt. Dies führte einerseits zu zahlreichen Beschwerden von Gegendemonstrant_innen über die unverhältnismäßige Gewaltanwendung der Polizei, andererseits zu etlichen Situationen, in denen es den wenigen Beamten vor Ort kaum gelang, die äußerst aggressiven Rechten unter Kontrolle zu halten. (1)

Neonaziszene auch nach Spaltungen weiterhin aktiv

Etwa 150 Neonazis marschierten unter dem Motto „8. Mai wir feiern nicht“ am 14. Mai durch Salzwedel. Angeführt wurden sie von der lokalen

Nazikameradschaft „Freie Nationalisten Altmark West“ (FNAW) und weiteren regionalen Nazikadern. Dabei waren die Rechten mit lautstarkem Protest konfrontiert und mussten sich nach längerer Wartezeit mit einer Ausweichroute begnügen, da die angemeldete Strecke gleich durch mehrere Sitzblockaden dicht war. Entsprechend aggressiv reagierten die Nazis, Gegendemonstrant_innen wurden angepöbeln und Gewaltparolen skandiert.

Auch wenn eine Teilnehmerzahl von 150 weit hinter den Erwartungen der Organisator_innen liegen dürfte, kann für die Altmark keine Entwarnung gegeben werden. Die Polizei diagnostizierte zwar einen Rückgang rechter Aktivitäten, der auch daher rührt, dass einige wichtige Nazi-Aktivist_innen mittlerweile im Rockermilieu verkehren, darunter der ehemalige Anführer der FNAW Kay Schweigel sowie der ursprüngliche Anmelder des Aufmarsches Kai Belau. Andreas Nickel, ein weiterer Kader der regionalen Szene, verbüßt momentan eine Haftstrafe wegen Zigarettenschmuggels.

Erschwert wird die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit aber vor allem durch den Riss, der durch die Neonaziszene Sachsen-Anhalts geht. Die sogenannten Freien Kräfte arbeiten momentan scheinbar kaum mit dem Spektrum der NPD und ihrer Jugendorganisation JN zusammen. Dementsprechend waren nur wenige regionale NPD-Aktivist_innen in Salzwedel anzutreffen und die teils sogar bundesweit aktiven JN-Kader fehlten vollständig.

Trotz dieser Spaltung ist die regionale rechte Szene weiterhin sehr aktiv. Gerade innerhalb der Kameradschaftsszene gelingt es den FNAW und den „Autonomen Nationalisten Stendal“ nach wie vor, Nachwuchs zu rekrutieren, regelmäßige Propagandaaktionen wie das sogenannte Schotenfest zu organisieren und zur Beteiligung an überregionalen Neonazidemos aufzurufen. (2)

Brandanschlag auf autonomes Zentrum kurz vor dem Aufmarsch

Wie militant die Neonaziszene sein kann, zeigte sich bei einem Brandanschlag auf ein linkes Zentrum in Salzwedel. Nur zwei Tage vor dem Aufmarsch warfen unbekannte Täter_innen drei Brandsätze auf das Gebäude, wobei zum Glück nur ein Schaden an der Fassade entstand. Da jedoch zur Tatzeit erkennbar Licht im Haus brannte, haben die Täter_innen bewusst das Leben von Menschen gefährdet.

Das Zentrum wurde in der Vergangenheit wiederholt von Neonazis angegriffen, zuletzt ebenfalls kurz vor einem Aufmarsch: Im Februar 2010 überfielen zehn vermummte Rechte eine Informationsveranstaltung zum jährlichen Großaufmarsch in Dresden. Sie verwüsteten einen Raum in dem Gebäude und bedrohten die Anwesenden. (3)

Breiter zivilgesellschaftlicher Protest

Trotz Gewalt und Einschüchterungsversuchen war der Protest gegen den Aufmarsch nicht nur direkt auf und an der Route massiv: Im gesamten Innenstadtbereich waren Gegenkundgebungen angemeldet worden, mit mehren Infoständen, einer Mahnwache zur Bücherverbrennung, einer Ausstellung in der Kirche und einer nach draußen verlegten Sonderstadtratssitzung zeigte man Präsenz gegen den Aufmarsch.

Bereits im Vorfeld hatte sich das breite Bündnis um den „Arbeitskreis für Demokratie und Welt-offenheit“ mit einem öffentlichen Aufruf positioniert, der auch von der Salzwedeler Bürgermeisterin Sabine Danicke (parteilos) unterzeichnet worden war. Auch der neue Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) zeigte auf der Sonderstadtratssitzung zusammen mit Abgeordneten, Städt_rät_innen und Landrat Michael Ziche (CDU) Flagge gegen die Neonazis.

Empört zeigten sich viele Demonstrant_innen über den Polizeieinsatz. Obwohl es gelungen war, die Route friedlich zu blockieren, wurde den Neonazis eine Ausweichroute zugewiesen. Als diese stellenweise ebenfalls blockiert war, machte die Polizei für die Rechten den Weg frei: Bei der gewaltsamen Räumung einer friedlichen Blockade – ohne Vorwarnung – brach ein Polizist einem 13-jährigen Jungen das Bein, andere erlitten Rippenprellungen und Verletzungen durch Pfefferspray. (4)

In Halle und Salzwedel stießen die Neonazis beim Versuch, den öffentlichen Raum zu dominieren, auf die entschiedene Gegenwehr von breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Zwar konnten die Aufmärsche der Neonazis nicht verhindert werden, aber der Widerstand zeigt, dass Bündnisse in Sachsen-Anhalt in der Lage sind, viele Menschen dazu zu motivieren, sich öffentlich und erfolgreich den Neonazis entgegenzustellen.

(th, mab)

(1) Trotz der zahlreichen Beschwerden war die Polizeidienststelle Sachsen-Anhalt Süd als zuständige Behörde bisher nicht zu einer kritischen Stellungnahme zu ihrem Einsatz bereit. Mittlerweile beschäftigte sich der Innenausschuss des Landtags mit dem Polizeieinsatz und seinen Folgen.

(2) Der aktuelle Anführer der FNAW und Versammlungsleiter des Aufmarsches in Salzwedel, Toni Bliesener, betreibt zudem einen neonazistischen Internetversand.

(3) Die Nazis hatten den Überfallenen auch verbal gedroht: „Wenn ihr nochmal so eine Scheiß-Veranstaltung macht, kommen wir wieder.“

(4) Aufgrund dieser Vorfälle kündigten Gegendemonstrant_innen an, den Einsatz im Salzwedeler Stadtrat zu thematisieren und im Landtag mit einer parlamentarischen Anfrage für Aufklärung zu sorgen.

Gegen den Aufmarsch der Neonazis am 18. Juni gründete sich auch in Merseburg ein Bündnis, um die Aktivitäten der Neonazis gewaltfrei, aber konsequent zu behindern. Dieses Vorhaben kann als durchaus gelungen betrachtet werden. Nicht nur, dass sich an diesem Tag bis zu 350 protestierende Menschen auf Merseburgs Straßen befanden, die Route der Nazis wurde am Ende sogar deutlich abgekürzt als eine Sitzblockade ihnen das Weitermarschieren unmöglich machte.

„Extreme Zeiten“

Der Streit um die sogenannte Extremismusklausel geht weiter

Unter den bundesweiten Fachträgern und Initiativen, die gegen Neonazismus, Rassismus und für Demokratie arbeiten, regt sich weiter Widerstand gegen die vom Bundesfamilienministerium ausgereichte „Demokratieerklärung“. Aktuell üben auch jene Projekte Kritik, die Fördergelder im Rahmen der Lokalen Aktionspläne (LAP) beantragt haben.

Zu Beginn des Jahres 2011 staunten viele Initiativen und Fachträger nicht schlecht, als sie mit dem Zuwendungsbescheid auch eine beigelegte „Demokratieerklärung“ zu unterzeichnen hatten. Demnach sollen sich die Projekte verpflichten, „ein den Zielen des Grundgesetzes förderliches Verhalten zu gewährleisten“. Zudem müssen die geförderten Initiativen versichern, dass sie im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine „extremistischen Strukturen“ unterstützen.

Ohne Unterzeichnung kein Geld

Konkret verbindet sich mit dieser Formulierung eine Verpflichtung der Träger, sämtliche Projektpartner_innen auf ihre Verfassungstreue z. B. anhand von Verfassungsschutzberichten bzw. auf ihre „Demokratietauglichkeit“ hin zu überprüfen, bevor eine Zusammenarbeit realisiert werden darf.

Die geleistete Unterschrift stellt eine Förder Voraussetzung dar – eine Verweigerung führt zwangsläufig zum Entzug der bewilligten Mittel. Initiiert wurde die Bekenntnisforderung vom Bundesfamilienministerium. Mit der Klausel will es der Gefahr der „stillen Unterstützung“ von „extremistischen“ Strukturen durch staatliche Fördergelder begegnen. Unklar ist, auf welche Erfahrungen der „Veruntreuung von Projektgeldern“ die Bundesregierung mit dieser Maßnahme reagiert. Unklar ist auch, was die Bundesregierung konkret unter „extremistisch“ versteht. (1) In einem „Beipackzettel“ zur Demokratieerklärung für die Projektträger klassifizierte sie u. a. bestimmte „Strömungen“ innerhalb der Linkspartei als „offen extremistisch“.

Kultur des Misstrauens

Das Vorgehen des Bundesfamilienministeriums stieß bundesweit auf heftige Kritik. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Fachträger, die seit vielen Jahren in der Demokratietarbeit und gegen Neonazis tätig sind, beschrieben die Klausel als unverhältnismäßiges Kontrollinstrument und Misstrauensbeweis der Bundesregierung gegenüber engagierten Projekten im alltäglichen Kampf gegen demokratiefeindliche Einstellungen und Strukturen.

Wissenschaftler wie z. B. Roland Roth hatten bereits im November 2010 in einer Petition die fragwürdigen Entwicklungen in der Ausgestaltung der Bundesprogramme scharf kritisiert. (2)

Ein von bekannten Fachträgern wie Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. und dem Kulturbüro Sachsen in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten unterstrich die Bedenken gegen die Klausel. Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität bezeichnete die Klausel als zu „unbestimmt und unverhältnismäßig“ und mit dem „Grundgesetz nicht vereinbar“. Es blieben viele Fragen offen; u. a. welche Konsequenzen nach der Unterzeichnung auf die Projektträger zukäme, sofern sie nicht im Sinne der Erklärung handeln würden.

Im Februar 2011 veranstalteten Initiativen und Organisationen einen „Aktionstag für Demokratie und gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“. Mehr als 1.500 Organisationen und Einzelpersonen, darunter auch Miteinander e. V., haben sich mit Briefen, E-Mails und Faxen an Familienministerin Schröder und Bundeskanzlerin Merkel an den Protesten gegen die Klausel beteiligt.

Auf einer anschließenden Bundespressekonferenz unter Mitwirkung des damaligen sachsenanhaltischen Innenministers Holger Hövelmann (SPD), des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) wurde die Kritik

an der „Bespitzelungsklausel“ öffentlichkeitswirksam vorgetragen. Thierse sprach sich entschieden gegen die Klausel aus: „Wer den Initiativen gegen Rechtsextremismus die Beweislast für die demokratische Gesinnung ihrer Mitbürger übertragen will, der sät eine Kultur des Misstrauens“.

Die Bundesregierung mithin Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zeigt sich von der Kritik an der Klausel unberührt. Sie beharrt weiterhin auf die Unterschrift der Projektträger. Trotz massiver Kritik am Vorgehen scheint man den Widerstand aussitzen zu wollen.

Mittlerweile hat ein Großteil der Initiativen und Fachträger, oftmals mit beiliegenden Protestschreiben, die Klausel unterzeichnet, um dem sicheren Abbau ihrer Projektstrukturen inkl. massiver Kündigungen von Personalstellen zu entgehen. Einige Träger wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr) verweigerten die Unterzeichnung und verzichteten somit auf die Bundesförderung. Das Land Berlin hat vorerst einen Großteil der fehlenden Mittel übernommen. Auf lange Sicht ist die Finanzierung der Träger allein durch die Landesförderung jedoch schwerlich sicherzustellen.

LAP-Projekte verweigern Unterschrift

Eine weitere Welle des Protests geht nun aktuell von einigen vom LAP geförderten Projekten aus.

In Leipzig haben mindestens zwei Bildungsträger die Unterschrift unter die Klausel verweigert und das bewilligte Geld zurückgegeben. Die Projekte, die bislang aus dem LAP-Topf gefördert wurden, haben sich mehrheitlich in einem „Leipziger Initiativkreis LAP gegen die Extremismusklausel“ organisiert und forderten die Stadt Leipzig auf, auf die Erklärung zu verzichten. In dem Appell des Initiativkreises vom März 2011 werden die untragbaren Konsequenzen der Klausel wie folgt beschrieben:

„Die Extremismusklausel hebt die Forderung nach Linientreue und Loyalität von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen zum Staat auf eine neue Stufe, indem sie direkt in den Bereich der Meinungsfreiheit eingreift. Kritische Initiativen sollen damit mundtot gemacht werden. Nach Vorgabe des Bundesministeriums soll nicht mehr die Orientierung an den universellen Menschen-

rechten Leitziel zivilgesellschaftlicher Bemühungen sein, sondern die FdGO (Freiheitlich demokratische Grundordnung) – die Demokratie wird damit auf formale rechtsstaatliche Mechanismen reduziert.“

Der Leipziger Begleitausschuss nahm daraufhin in seiner Sitzung am 13. Mai 2011 zur Extremismusklausel Stellung und zeigte sich solidarisch mit den Initiativen: „Die Einführung der Extremismusklausel gefährdet die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommune und Initiativlandschaft sowie den seit vielen Jahren bestehenden demokratischen Konsens in Leipzig. Dieser wird ersetzt durch ein Klima von Unsicherheit und Misstrauen. Deshalb unterstützt der Begleitausschuss die couragierte Entscheidung der Vereine, die Extremismusklausel nicht zu unterschreiben.“

Inwieweit nun der Widerstand wie z. B. in Leipzig im Bundesfamilienministerium auf eine Reaktion stößt, ist bislang unklar. Ein Gespräch zwischen einer Vertreterin des Leipziger Begleitausschusses und der verantwortlichen Ministerin Schröder ist geplant.

Praktische Folgen noch nicht absehbar

Die Vielfalt der Gegner_innen der Klausel – Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger, Gewerkschaften, Kirchen, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker_innen, aber auch Landesregierungen wie Berlin – zeigt, dass die Forderung des Bundesfamilienministeriums einen empfindlichen Eingriff in die Handlungsfreiheit zivilgesellschaftlichen Engagements bedeutet. Ein Verfassungsbekanntnis und der Zwang zur Überprüfung von Projektpartner_innen ist kein geeigneter Rahmen für Demokratieerfahrungen bzw. zur Entwicklung demokratischer Lernprozesse. Vielmehr wird eine Absage an die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements erteilt und die Initiativlandschaft anhand der Unterschrift in „angepasste“ und „nicht-angepasste“ Akteure unterteilt.

Die praktischen Folgen der Extremismusklausel für die tägliche Arbeit bei Miteinander e. V. sind noch nicht vollständig abzusehen. Der Verein wird die Entwicklungen in der Arbeitspraxis kritisch beobachten und sich auch weiterhin an den Protesten beteiligen. (am)

1) Vgl. auch Newsletter #27 „Die Extremismusdebatte“)

2) Vgl. Online-Petition „Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert, macht sich verdächtig. Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang“.

Der Klassenrat

Demokratie leben und lernen im Klassenzimmer

Horizont 21 – Demokratie leben und lernen heißt das Projekt von Miteinander e. V., das sich zur Aufgabe gemacht hat, an vier ausgewählten Standorten demokratische Lebens- und Lernkulturen zu stärken. (1) Am Projektstandort Salzwedel besteht eine Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen des Altmarkkreises (BBS).

Im Sommer 2009 wurde auf Grundlage von Gesprächen und Interviews ein Einrichtungsprotokoll der Schule entwickelt, das die besonderen Herausforderungen und Ressourcen der Schule aufzeigt. Daraus ergaben sich konkrete Ideen zur Demokratieentwicklung speziell an dieser Bildungseinrichtung.

Sowohl Schüler_innen als auch Lehrer_innen bemängelten, dass es in den Klassen keine vorgesehene Zeit gäbe, Konflikte und schul- und klasseninterne Themen jenseits des Fachunterrichts zu besprechen. Außerdem klagten Lehrer_innen über mangelndes Engagement der Schüler_innen, während Schüler_innen sich mit ihren Themen nicht Ernst genommen fühlten.

Beide Seiten klagten über ein zum Teil schlechtes Klassen- und Lernklima. Positiv hingegen wurde die aktive Projektarbeit der Schule sowie die Offenheit und das Engagement einiger Lehrkräfte bewertet. Vor diesem Hintergrund wurde dem Kollegium in einer zweitägigen Fortbildung das Modell des „Klassenrats“ vorgestellt. Zwei Lehrer_innen entschieden sich daraufhin, den Versuch zu wagen und mit ihren Klassen den Klassenrat als Pilotprojekt an der BBS auszuprobieren. Für Berufsschulen ein eher ungewöhnliches Experiment.

Was ist der Klassenrat?

Der Klassenrat ist eine Art basisdemokratisch organisierte Klassenversammlung. Die Idee stammt u. a. aus der Freinet-Pädagogik, die der Selbstverwaltung der Schüler_innen und somit der Selbstorganisation und Eigenverantwortung von Kindern und Jugendlichen einen hohen Stellenwert einräumt (vgl. Giese 2004, S. 1). (2)

Die Basis des Klassenrats sind regelmäßige Treffen, die einem klar strukturierten Ablauf folgen.

In diesen Sitzungen haben die Klassen Zeit für Themen und Diskussionen, die sie selbst betreffen und die sie selbst bestimmen können.

Der Klassenrat findet möglichst einmal in der Woche statt. Alle Klassenmitglieder – inklusive der Lehrkraft – sind gleichberechtigt. (3) Aufgaben der Moderation, Protokollführung etc. werden abwechselnd von den Schüler_innen übernommen. Um eine Kommunikation auf Augenhöhe herzustellen, findet der Klassenrat im Stuhlkreis statt. Die Sitzungen folgen einer Tagesordnung, die sich aus Themen zusammensetzt, die während der Woche aufkommen. Sie werden auf einer Wandzeitung, in einem Klassenratsbuch oder in einem Postkasten bis zur nächsten Klassenratssitzung gesammelt. Jedes Mitglied hat ein Vortrags- und Antragsrecht sowie das Recht, seine Wünsche und Meinungen zu äußern. Wichtige Ereignisse sowie alle gefassten Beschlüsse und Entscheidungen werden im Protokoll schriftlich festgehalten.

Wie genau die Ausgestaltung dieser Struktur aussieht, richtet sich nach der Schulform und dem Alter der Schüler_innen sowie nach den Besonderheiten der einzelnen Klasse und muss gemeinsam mit den Beteiligten abgestimmt werden. In einer Grundschulklasse wird ein Klassenrat anders gestaltet als in der 11. Klasse eines Gymnasiums oder in einer Berufsschulklasse, die sich wahrscheinlich nicht wöchentlich sieht.

Von großer Bedeutung ist die gemeinsame Erarbeitung von Regeln bei der Einführung des Klassenrats. Die Beteiligten einigen sich darauf, wie sie miteinander umgehen und miteinander sprechen wollen. Diesem Prozess sollte genügend Zeit eingeräumt werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Schüler_innen selbst festlegen, was folgt, wenn sie ihre Regeln nicht einhalten. In jeder Sitzung gibt es eine_n Regelwächter_in, der/die auf Regelverletzungen aufmerksam macht.

Ablauf eines Klassenrats

Wie sieht der klassische Ablauf einer Klassenratssitzung aus? Zunächst müssen die Aufgaben verteilt werden: Es wird festgelegt, wer moderiert, wer die Redeliste führt, wer protokolliert und wer Regelwächter_in ist. Dann folgt eine „Anerkennungsrunde“, mit der jede Sitzung eröffnet wird. In dieser Runde soll jedes Mitglied etwas Anerkennendes bzw. Positives über das Verhalten einzelner Mitschüler_innen, der Klasse oder bestimmte Situationen sagen. Erst im Anschluss daran wird die Tagesordnung vorgestellt und abgearbeitet. Dabei erläutern die Antragsteller_innen zuerst ihr Anliegen.

Bei der Bearbeitung von Konflikten werden alle Beteiligten angehört, bevor verschiedene Lösungsvorschläge gesammelt und besprochen werden. Wie die Klasse gemeinsame Entscheidungen trifft, ist verschieden – und ein Lernprozess, der durch ergänzende Projekttag bereichert werden kann. (4) So ist es sinnvoll von einem bloßen Mehrheitsentscheid durch Abstimmen hinaus zu einer von allen getragenen Konsensentscheidung zu gelangen. Am Ende eines Klassenrats steht das Verkünden der gefassten Beschlüsse.

Demokratiefähigkeit stärken

Ein Ziel des Klassenrats ist es, Demokratie als Prozess erfahrbar zu machen und damit die Demokratiefähigkeit zu stärken. Die Schüler_innen werden ermutigt, ihre Meinung und ihre Interessen zu vertreten. Dabei wird ihr Selbstbewusstsein, die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein, Kritikfähigkeit und Toleranz gefördert und der demokratische Prozess gemeinsamer Entscheidungsfindung eingeübt. Besonders durch das Übernehmen der Aufgaben im Klassenrat und die selbst aufgestellten (Gesprächs-)regeln werden soziale und kommunikative Kompetenzen vermittelt. (5)

Die Schüler_innen können lernen, sich selbst und andere zu akzeptieren, gemeinsam Probleme zu lösen, Pläne zu besprechen und Vorhaben zu organisieren. Durch die für sie ungewohnten Aufgaben von Moderation, Regelwächter_in und Protokollführung lernen sie, Gesprächsregeln zu schätzen und Diskussionen zu strukturieren.

Selbstverständlich ist das ein Prozess, der Zeit in Anspruch nimmt. Insofern ist die Rolle der Lehrkraft zu Beginn noch sehr wichtig. Sie/Er ist nötig bei der Einführung des Klassenrats und für Hilfestellungen bei der Ausführung der verschiedenen Ämter. Hervorzuheben ist jedoch, dass auch Lehrer_innen sich an die vereinbarten Regeln halten. Sie sollten nur unterstützen bzw. eingreifen, wenn Konflikte unlösbar scheinen oder Lösungen im Widerspruch zur Schulordnung stehen.

Die positiven Effekte für die Zusammenarbeit in der Schule sind vielfältig. Neben der Verbesserung des Klassenklimas ist vor allem die Entlastung des Fachunterrichts ein Nebeneffekt, der besonders Lehrer_innen überzeugt. Zusätzlich bietet der Klassenrat, wenn er an der ganzen Schule durchgeführt wird, eine solide Basis für die Arbeit der Schülervertretung, da Themen vom einen ins andere Gremium getragen werden können.

Besonders wenn der Klassenrat nur als Instrument der Konfliktlösung verstanden und nicht mit anderen partizipativen Ansätzen an der Schule verknüpft wird, muss seine Intention und Wirkung kritisch hinterfragt werden. Häufig wird er als moralisierende Instanz normativ aufgeladen. Die ambivalente Rolle der Lehrkraft als gleichberechtigtes Mitglied mit moralischer Vorbildfunktion ist dabei eine heikle Gratwanderung (vgl. De Boer 2006 und Friedrichs 2009, S. 58ff).

Es gibt aus gutem Grund den Hinweis, dass interindividuelle Konflikte und Mobbing nicht Bestandteil des Klassenrats sein sollten, sondern anderer Herangehensweisen bedürfen (vgl. Friedrichs 2006, S. 14f). Es muss sowohl vermieden werden, dass einzelne Schüler_innen in diesem Gremium an den Pranger gestellt werden als auch, dass die Lehrperson eine heimliche Leitung behält.

Was der Klassenrat für die Schüler_innen und Lehrer_innen der BBS bedeutet und wie sie ihn bewerten, ist noch abzuwarten. Bestandteil des Projektes ist zum Ende des Schuljahres eine gemeinsame Evaluation mit allen Beteiligten. Dazu wird Horizont 21 ein dreitägiges, medienpädagogisch begleitetes Filmprojekt mit einer der Modellklassen durchführen, in dem die Schüler_innen und die beteiligte Lehrerin ihren Klassenrat auswerten und überlegen, was sie anderen darüber mitteilen wollen. (ew)

Literatur:

De Boer, Heike: *Klassenrat als interaktive Praxis. Auseinandersetzung – Kooperation – Imagepflege.* Wiesbaden 2006

Friedrichs, Birte: *Praxisbuch Klassenrat. Gemeinschaft fördern, Konflikte lösen.* Weinheim und Basel 2009

Giese, Christine/Schmermund, Lara/Haufe, Katja: *Der Klassenrat. Quelle: Demokratie Baustein „Klassenrat“, www.blk-demokratie.de, BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“, 7.10.2004*

RAA Brandenburg, *Demokratie und Integration Brandenburg e.V. (Hrsg.): Klasse werden – Klasse sein. Von Klassenregeln, Klassenrat, Gruppenfeedback und Wir-Werkstatt. Eine Handreichung zur Stärkung der Beteiligung von Schülerinnen und Schülern.* Potsdam 2007

Stähling, Reinhard: *Der Klassenrat – eine Fortführung reformpädagogischer Praxis. In: Burg, Karlheinz/Speck-Hamdan, Angelika/Wedekind, Hartmut (Hrsg.): Kinder beteiligen – Demokratie lernen? Arbeitskreis Grundschule, Frankfurt/M. 2003, S.197–207.*

(1) *Horizont 21 ist ein Xenos-Projekt von Miteinander e. V. und dem Kulturbüro Sachsen. Es wird finanziert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und kofinanziert vom Land Sachsen-Anhalt. Mehr Informationen unter www.horizont-21.de.*

(2) *Mehr zu Freinets und auch zu John Deweys pädagogischen Konzeptionen im Zusammenhang mit dem „Klassenrat“ findet sich in der Studie von Heike de Boer „Klassenrat als interaktive Praxis“ und im Praxishandbuch von Birte Friedrichs. Die heute meist rezipierte und durchgeführte Form des Klassenrats geht auf den Individualpsychologen Rudolf Dreikurs zurück, der stärker die Förderung der Persönlichkeit und die „Befähigung zur diskursiven Konfliktaushandlung“ in den Vordergrund stellt (vgl. De Boer 2006, S.18, S. 33).*

(3) *Lehrer_innen gelten im Klassenrat als „normale Teilnehmer_innen“. Dennoch können sie ihre Verantwortung als Lehrkraft nicht einfach ablegen. Insofern bleibt auch die „Machtposition“, die Lehrkräfte im Schulsystem strukturell innehaben, erhalten und kann lediglich reduziert werden. Friedrichs ermutigt Lehrer_innen, den Klassenrat als Lernfeld zu begreifen und das eigene Rollenverständnis zu reflektieren (vgl. Friedrichs 2009, S. 30ff).*

(4) *Anbieten würden sich z. B. Übungen aus dem Demokratie-Programm „Betzavta“.*

(5) *Zu den Zielen des Klassenrats vgl. Friedrich 2009, S. 12ff.*

Miteinander e.V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.* setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-) Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit neun Institutionen sowie ca. 50 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 27 hauptamtliche Mitarbeiter/innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. *Miteinander e.V.* ist zudem Träger mehrerer Bundesprojekte u.a. der *Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt*, der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus*, der *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, Träger der Modellprojekte *Bühne frei für Respekt* und *Horizont 21* sowie zweier Koordinierungsstellen für Lokale Aktionspläne. Dem Vorstand gehören Hans-Jochen Tschiche (Vorsitzender), Anke Lohmann und Prof. Wolfram Stender an.

Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde *Miteinander e.V.* mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874-1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von *Miteinander e.V.* mit dem „Einheitspreis“ (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

Impressum newsletter # 31 / 32

Herausgeber:
*Miteinander – Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt e.V.*

Redaktion:
Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)
Michael Barthel
David Begrich
Martin Beck

Autor_innen:
Michael Barthel (mib)
David Begrich (db)
Pascal Begrich (pb)
Martin Burgdorf (mab)
Kathrin Lau (kl)
Anne Mehrer (am)
Ricarda Milke (rm)
Lydia Probst (lp)
Roland Roth
Mareike Tegtmeyer (mt)
Ellen Wallraff (ew)

Auflage: 700

Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
www.miteinander-ev.de

Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 620773
Fax: (0391) 6207740
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 306430
Fax: (03901) 306432
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und „Xenos – Integration und Vielfalt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, durch den Europäischen Sozialfonds sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.